N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Verbandsgemeinderates am Mittwoch, dem 18. April 1973, 19.oo Uhr, im Film- und Feierraum der Schule in Bodenheim

---

Anwesend sind: Verbandsbürgermeister Krämer;
1. Verbandsbeigeordneter Kiesewetter
2. Verbandsbeigeordneter Lütyens;
3. Verbandsbeigeordneter Kranz;

Bürgermeister Schaub;

Die Verbandsgemeindevertreter: Hock, Wild, Göth, Laurien, Josten, Steiner, Sans, Lang, Holdenried, Haub (ab.19.1o Uhr), Kasper, Becker, Müller, Metz, Hassinger, Zink, Schumacher, Kögler, Hollack, Ollig, Riebel, Hörner

Entschuldigt: Bürgermeister Sparwasser, Bürgermeister Jakob

T a g e s o r d n u n g

1. Verbesserung der Qualität des Trinkwassers (Antrag der SPD-Fraktion vom 17.3.1973)
2. Mitgliedschaft im Wasserversorgungsverband (Antrag der SPD-Fraktion vom 19.3.1973)
3. Förderung des sozialen Wohnungsbaues (Antrag der SPD-Fraktion vom 19.3.1973)
4. Schulproblem in der Verbandsgemeinde (Anfrage der SPD-Fraktion vom 5.4.1973)
5. Einrichtung von Sprechstunden in den verbandsangehörigen Gemeinden (Antrag der SPD-Fraktion vom 5.4.1973)
6. Einberufung des Ausschusses für Landwirtschaft, Weinbau und Umweltschutz (Antrag der SPD-Fraktion vom 5.4.1973)
7. Durchführung eines "Familienwandertages" an Christi Himmelfahrt (Antrag der CDU-Fraktion vom 9.4.1973)
8. Sachstandsbericht der Verwaltung zu Anträgen der Fraktionen
   - 8.1 Koordinierung der Planungen für den Raum der Verbandsgemeinde (Antrag der CDU-Fraktion vom 13.11.1972)
   - 8.2 Verbesserung der Verkehrsverbindungen zum Sitz der Verbandsgemeinde (Antrag der CDU-Fraktion vom 16.11.1972)
   - 8.3 Mitbenutzung der städtischen Schuttkippe (Antrag der CDU-Fraktion vom 17.11.1972)

8.4 Brandschutz in der Verbandsgemeinde
(Antrag der SPD-Fraktion vom 11.12.1972)

8.5 Ausbau und Verbreiterung der L 413 zwischen Bodenheim
(Antrag der FWG Kiesewetter)

8.6 Tagungsort der Verbandsgemeindevertretung
(Antrag der SPD-Fraktion vom 25.1.1973)

8.7 Nahbereichsuntersuchung und Erstellung eines Entwicklungsplanes
(Antrag der SPD-Fraktion vom 6.2.1973)

8.8 Linienführung der B 9 im Bereich Nackenheim
(Antrag der SPD-Fraktion vom 19.3.1973)

9. Mitteilungsblatt

Nichtöffentlich

1. Vergabe von Arbeiten für die Instandsetzung des Hauses Friesenecker

1.1 Maler- und Tapeziererarbeiten

1.2 Fußbodenarbeiten

1.3 Dachdeckerarbeiten

2. Personalangelegenheiten

Der Vorsitzende, Verbandsbürgermeister Krämer, eröffnet um 19.o8 Uhr die Sitzung. Er stellt die fristgerechte Einladung und die Beschlußfähigkeit der Verbandsgemeindevertretung fest.
Wünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.
Zum Schriftführer wird Verbandsgemeindeoberinspektor Binz bestellt.

Zu TO-Punkt 1): Verbesserung der Qualität des Trinkwassers
(Antrag der SPD-Fraktion vom 17.3.1973)

Verbandsbürgermeister Krämer verliest den Antrag der SPD-Fraktion vom 17.3.1973.
Verbandsgemeinderatsmitglied Kögler erläutert den Antrag mündlich.
Es erfolgt eingehende Aussprache, deren Ergebnis darin besteht, daß man für eine weitere Verbesserung des Trinkwassers eintreten solle.
Bürgermeister Göth vertritt ebenso diese Auffassung und wird den Antrag unterstützen.

Bürgermeister Ollig bittet zu berücksichtigen, daß heute in einem Haushalt sehr teuere Geräte Verwendung finden, die durch den Kalkabsatz erheblich früher ausfallen, so daß er bittet, insoweit Abhilfe zu schaffen.
1.Verbandsbeigeordneter Kiesewetter stellt fest, daß im Vergleich zu anderen Wasserversorgungsverbänden das Wasser des Wasserversorgungsverbandes Bodenheim noch als sehr gut zu bez-eichnen ist. Das Trinkwasser sei stets einwandfrei; mit der Erschließung von neuen Brunnen und der Entnahme des Wassers in größeren Tiefen sei man in der Lage, noch besseres Wasser anzubieten.

Der Vorsitzende faßt die Meinungen zusammen und führt aus, daß sich wohl keiner der Anwesenden der Forderung verschließen wird, für eine Verbesserung des Trinkwassers Sorge zu tragen.
Es ergeht folgender
Beschluß:

"Die Verwaltung wird beauftragt, sich in Verhandlungen mit dem Wasserversorgungsverband für eine Verbesserung der Qualität des Trinkwassers einzusetzen."

Abstimmungsergebnis: Der Beschluß ergeht einstimmig

Zu TO-Punkt 2): Mitgliedschaft im Wasserversorgungsverband (Antrag der SPD-Fraktion vom 19.3.1973)

Der Vorsitzende verliest den vorgenannten Antrag; Bürgermeister Ollig begründet diesen mündlich.
Nach der Auffassung der Fraktion ist eine Mitgliedschaft der Verbandsgemeinde anstelle der verbandsangehörigen Gemeinden erforderlich. Es wäre sogar zu prüfen, ob nicht nach der Gemeindeordnung der Wasserversorgungsverband als ein Teil der Verwaltung der Verbandsgemeinde einzugliedern sei.
Die SPD-Fraktion würde bei einer solchen Lösung eine erhebliche Stärkung der Verwaltungskraft des Wasserversorgungsverbandes sehen.
Der Vorsitzende weist darauf hin, daß nach der Satzung des Wasserversorgungsverbandes nur die einzelnen Gemeinden, nicht aber die Verbandsgemeinde selbst, Mitglied sein können.

Für die CDU-Fraktion spricht sich Bürgermeister Göth dafür aus, daß der Antrag in dieser Form abgelehnt werden müsse, weil der Verbandsb-ürgermeister bei Vorstandssitzungen zwar vertreten sein könne, jedoch kein Stimmrecht besitze.
Ratsmitglied Becker spricht sich unbedingt dafür aus, dem Verbandsbürgermeister ein Stimmrecht einzuräumen und die Satzung entsprechend zu ändern. Zweck des SPD-Antrages sei es doch, mit Sitz und Stimme im Wasserversorgungsverband vertreten zu sein. Man solle die Angelegenheit zumindest in den Ausschüssen besprechen.

1.Verbandsbeigeordneter Kiesewetter ergreift das Wort und führt aus, daß Stimmrecht nur der haben könne, der Vermögen eingebracht habe, also nicht die Verbandsgemeinde.
Der Antrag der SPD-Fraktion wird bei 13 Gegenstimmen und 10 Ja-Stimmen abgelehnt.

Zu TO-Punkt 3): Förderung des sozialen Wohnungsbaues (Antrag der SPD-Fraktion vom 19.3.1973)

Der Vorsitzende, Verbandsbürgermeister Krämer, verliest den Antrag der SPD-Fraktion.
Verbandsgemeinderatsmitglied Becker erläutert mündlich den Antrag. Insbesondere betont er, daß finanzschwache und kinderreiche Familien in der Regel nicht in der Lage sind, Einfamilienhäuser zu errichten. Deshalb müsse die Verbandsgemeinde bestrebt sein, zu erreichen, daß Mehr-Familienhäuser für diese Minderbemittelten zu einem günstigen Mietpreis zur Verfügung gestellt werden könnten.
Die Verbandsgemeinde müsse eine Hauptaufgabe darin sehen, beratend dahingehend tätig zu werden, daß bei neuen Bebauungsplänen entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden. Dazu solle sie auch mit geeigneten Bauträgern verhandeln.
Die Verbandsgemeinderatsmitglieder Sans und Dr. Laurien bringen einen ergänzenden CDU-Antrag ein, wonach die Verbandsgemeindeverwaltung lediglich eine Beraterfunktion übernehmen soll.
Außerdem müsse darauf geachtet werden, daß die Eigenart des Verbandsgemeindegebietes als Naherholungsgebiet gewahrt würde.
Dem Mitbürger dieses Bereiches müsse die Möglichkeit geboten werden, Sozialwohnungen in Anspruch nehmen zu können, damit eine Abwanderung zur Stadt vermieden würde. Man sei sich zwar mit der SPD im Prinzip einig, aber nicht in der Deutlichkeit der Formulierung, weshalb eine Verdeutlichung durch den CDU-Antrag erfolge.

Nach ausführlicher Diskussion wird der auf dem SPD-Antrag beruhende Beschlußvorschlag zur Abstimmung gestellt:

"Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den örtlichen Bürgermeistern bei der Erstellung von Bebauungsplänen darauf zu achten daß auch Mietwohnungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues von entsprechenden gemeinnützigen Bauträgern erstellt werden können. Die Verwaltung möge sich darum bemühen, den einzelnen Gemeinden derartige Bauträger zu vermitteln."

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung, 12 Gegenstimmen.

Danach wird der Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung gestellt:

"Die Verbandsgemeindeverwaltung wird beauftragt, gemäß ihrer Zuständigkeit im Einvernehmen mit den verbandsangehörigen Gemeinden bei der Erstellung von Bebauungsplänen beratend darauf hinzuwirken, daß auch Mietwohnungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues von entsprechenden gemeinnützigen Bauträgern erstellt werden können. Hierbei ist davon auszugehen, daß die Eigenart der Verbandsgemeinde als Naherholungsgebiet gewahrt wird. Ferner soll durch diese Maßnahme gesichert werden, daß Mitbürger unserer Verbandsgemeinde, die Anspruch auf eine Sozialwohnung erheben können, nicht gezwungen werden, in städtische Ballungsräume abzuwandern."

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen, 10 Enthaltungen

Zu TO-Punkt 4): Schulproblem in der Verbandsgemeinde
(Anfrage der SPD-Fraktion vom 5.4.1973)

Verbandsbürgermeister Krämer verliest die Anfrage der SPD-Fraktion vom 5.4.1973. Diese beantwortet er wie folgt:
Die Verwaltung wird ihre Schulkonzeption der Verbandsgemeindevertretung im Juni 1973 vorlegen. Vorher wird sie den Schulausschuß informieren.
Der Vorsitzende erläutert die Gründe, die bisher einer Beantwortung der Anfrage und einer Vorlage der Schulkonzeption entgegenstanden.
Er gibt zur Kenntnis, daß am 26.3.1973 eine Sitzung stattfand, an der der Schulrat, die Rektoren und Konrektoren, die Fraktionsvorsitzenden, die Bürgermeister und der Verbandsbürgermeister teilnahmen, bei der es ebenfalls um die künftige Schulkonzeption ging. Bei dieser Besprechung wurde festgestellt, daß zum Beginn des Schuljahres 1973/74 die vorhandenen Räumlichkeiten noch ausreichen, um die Schüler unterzubringen.

Verbandsgemeinderatsmitglied Dr. Laurien vertritt die Auffassung, daß eine gründliche Planung der Sache dienlich sei und man insoweit keine übereilten Schritte unternehmen solle. Wenn die Verwaltung bereits im Juni 1973 eine Schulkonzeption vorlege, so sei dies sehr zu begrüßen.
Ratsmitglied Becker erklärt, die SPD-Fraktion sei mit der Antwort des Vorsitzenden zufrieden.

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgt keine Abstimmung.

Zu TO-Punkt 5): Einrichtung von Sprechstunden in den verbandsangehörigen Gemeinden
(Antrag der SPD-Fraktion vom 5.4.1973)

Verbandsbürgermeister Krämer verliest den Antrag der SPD-Fraktion vom 5.4.1973.
Verbandsgemeinderatsmitglied Zink begründet den Antrag mündlich. Er hebt besonders hervor, daß man den älteren Bürgern der verbandsangehörigen Gemeinden mit diesem Antrag Rechnung trage, da diese dann nicht den weiten Weg zur Verbandsgemeindeverwaltung zurücklegen müssten. Auch seien sie in der Lage, beim Fehlen von Unterlagen diese umgehend zu beschaffen.

Bürgermeister Göth vertritt insoweit die Auffassung, daß bei jeder einzelnen Gemeinde noch eine Beratung möglich sei. Deshalb habe man auch in den Haushaltsplänen Personalkosten bei den einzelnen Gemeinden eingesetzt. Es bestehe also keine Notwendigkeit, einen Sozialsachbearbeiter, der jeden Tag unterwegs sein müsste, um die fünf verbandsangehörigen Gemeinden zu besuchen, insoweit zu beschäftigen; im übrigen würde dies eine Schwächung der Verwaltungskraft der Verbandsgemeindeverwaltung bedeuten.

Verbandsgemeinderatsmitglied Professor Wild spricht sich dafür aus, die Verkehrsverhältnisse zum Besuch der Verbandsgemeindeverwaltung zu verbessern; damit würde jedenfalls mehr erreicht, als mit dem Antrag der SPD-Fraktion.

Verbandsgemeinderatsmitglied Becker bittet zu ermitteln, welcher Bedarf bei den einzelnen Gemeinden besteht. Sofern man einen Fachmann mit der Beratung bei den einzelnen Gemeinden beauftrage, könne dies in erheblich kürzerer Zeit erfolgen.

Verbandsbürgermeister Krämer gibt von der Stellungnahme des Gemeindetages Kenntnis, der davon abrät, bei den einzelnen Gemeinden

Sprechtage einzurichten. Vielmehr setzt er sich dafür ein, daß die Verkehrsverbindungen zur Verbandsgemeindeverwaltung verbessert werden

Danach sei wohl die Abhaltung von Sprechstunden überflüssig.

Nach kurzer Beratung erfolgt die Abstimmung zu dem Antrag der SPD-Fraktion.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 13 Gegenstimmen.

Damit ist der Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt.

Zu TO-Punkt 6): Einberufung des Ausschusses für Landwirtschaft, Weinbau und Umweltschutz
(Antrag der SPD-Fraktion vom 5.4.1973)

Der Vorsitzende verliest den Antrag der SPD-Fraktion in seinem Wortlaut.
Bürgermeister Ollig erläutert den Antrag mündlich.

Insbesondere betont er, daß sich die Vertretung umgehend mit den Problemen der Landwirtschaft befassen müsse, z.B. mit dem Feldwegebau. Es müsse ein Gremium gebildet werden, das insoweit Vorschläge erarbeiten könne, auch wenn es sich hier nicht um eine eigentliche Aufgabe der Verbandsgemeinde handele.

Die Verbandsgemeindevertreter Steiner und Haub begrüßen diesen Vorschlag und führen aus, daß wegen der großen Wildschäden durch Kaninchenfraß und hinsichtlich einer Starenbekämpfung überörtlich etwas geschehen müsse.
Nach kurzer Beratung ergeht folgender
Beschluß:
"Der Verwaltung wird empfohlen, möglichst bald den Ausschuß für Landwirtschaft, Weinbau und Umweltschutz einzuberufen und dort die Probleme des Feldschutzes sowie sonstige in seinen Zuständigkeitsbereich fallende Fragen zu beraten."

Abstimmungsergebnis: Der Beschluß ergeht einstimmig.

Zu TO-Punkt 7): Durchführung eines Familienwandertages an Christi Himmelfahrt
(Antrag der CDU-Fraktion vom 9.4.1973)

Verbandsbürgermeister Krämer verliest den Antrag;
Verbandsgemeinderatsmitglied Josten erläutert für die CDU-Fraktion mündlich den Antrag. Er hebt besonders hervor, daß der Bevölkerung die markantesten Punkte im Verbandsgemeindebereich durch solche

Wandertage kenntlich gemacht werden müssten.
Verbandsgemeinderatsmitglied Becker bittet, insoweit nicht die Verwaltung zu beauftragen, da sie wohl mit anderen Dingen, wie bereits ausgeführt wurde, sehr belastet sei.
Besser solle man insoweit bereits bestehende Sportvereine angehen oder z.B. den Verkehrsverein Nackenheim mit einer solchen Aktion beauftragen.
Die Verbandsgemeinderatsmitglieder Professor Wild und Dr. Laurien sprechen sich für den Antrag aus und betonen, daß viele Dinge des Verbandsgemeindebereiches den Bürgern unbekannt seien. Die Verwaltung soll lediglich zu einem solchen Wandertag anregen, diesen nicht auf Dauer organisieren. Die Hilfe der Vereine, die evtl. hieran interessiert seien, soll nicht ausgeschlagen werden.

Verbandsbürgermeister Krämer gibt zur Kenntnis, daß dieser Wandertag bereits in 6 Wochen stattfinden wird, so daß nicht mehr viel Zeit verbleibe, diesen zu organisieren. In diesem Jahr müsse man deshalb etwas inprovisieren. Für die Zukunft könne man sicher auf den neuzugründenden Verkehrsverein für die Verbandsgemeinde zurückgreifen. Mit Herrn Heckelsmüller, dem Vorsitzenden der Turn- und Sportgemeinde Nackenheim, will Herr Krämer Verbindung aufnehmen, da dieser Verein bereits solche Wandertage durchführt.
Es ergeht folgender
Beschluß:
"Die Verwaltung wird beauftragt - beginnend mit diesem Jahr - jährlich an Christi Himmelfahrt einen "Familienwandertag" durch das Gebiet der Verbandsgemeinde durchzuführen."

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen, 10 Enthaltungen.

Zu TO-Punkt 8): Sachstandsberichte der Verwaltung zu Anträgen der Fraktionen

8.1 Koordinierung der Planungen für den Raum der Verbandsgemeinde (Antrag der CDU-Fraktion vom 13.11.1972)
Verbandsbürgermeister Krämer gibt davon Kenntnis, daß inzwischen ein Teilerfolg zu diesem Tagesordnungspunkt darin zu erblicken sei, daß sich die Vertretungen der drei kleineren Gemeinden dazu entschlossen hätten, unter Wahrung ihrer Planungshoheit, einen Planer mit der Erstellung ihres Flächennutzungsplanes zu beauftragen.
Man habe außerdem vor, die Flächennutzungspläne dieser drei Gemeinden in einem Übersichtsplan darzustellen.

8.2 Verbesserung der Verkehrsverbindungen zum Sitz der Verbandsgemeinde (Antrag der CDU-Fraktion vom 16.11.1972

Ratsmitglied Becker vermisst, daß insoweit der fast gleichlautende Antrag der SPD-Fraktion vom 11.12.1972 nicht erwähnt wird.

Der Vorsitzende berichtet, daß inzwischen Verhandlungen mit der Bundesbahn geführt wurden. Eine Lösung sei aller Voraussicht nach in der Weise möglich, daß schulverbandseigene Busse "Im Auftrag der Bundesbahn" fahren könnten. Die Bundesbahn sei hiermit einverstanden.
Voraussichtlich könne man nach den Sommerferien die Verkehrsverbindungen zwischen der Verbandsgemeinde und den fünf verbandsangehörigen Gemeinden erreichen.

8.3 Mitbenutzung der städtischen Schuttkippe (Antrag der CDU-Fraktion vom 17.11.1972)

In Verhandlungen mit der Stadt Mainz konnte nach dem Bericht des Vorsitzenden erreicht werden, daß die Schuttkippe für die Bürger des Verbandsgemeindebereiches zu denselben Bedingungen wie für die Bürger der Stadt Mainz benutzt werden kann.

8.4 Brandschutz in der Verbandsgemeinde (Antrag der SPD-Fraktion vom 11.12.1972)

Es fand inzwischen eine Besprechung mit den Kommandos der freiwilligen Feuerwehren der fünf verbandsangehörigen Gemeinden statt, wobei folgendes Ergebnis erzielt wurde:

1. Es erfolgte eine Bestandsaufnahme .
2. Die anstehenden Probleme innerhalb der Wehren (Ausrüstung, Personal) wurden erörtert und Lösungsvorschläge der Verwaltung unterbreitet.
3. Im September wird eine gemeinsame Übung aller fünf freiwilligen Feuerwehren erfolgen, wobei an einen sich anschließenden Kameradschaftsabend gedacht ist.

8.5 Ausbau und Verbreiterung der L 413 zwischen Bodenheim und Gau-Bischofsheim (Antrag der FWG Kiesewetter)

Insoweit verliest der Vorsitzende einen Brief des Verkehrsministeriums, wonach der Ausbau für 1974/75 vorgemerkt ist.

Die Bereitschaft des Landes sei gegeben, diese Straße so bald als möglich auszubauen.

8.6 Tagungsort der Verbandsgemeindevertretung (Antrag der SPD-Fraktion vom 25.1.1973)

Verbandsbürgermeister Krämer berichtet, daß die fünf verbandsangehörigen Gemeinden angeschrieben wurden. Eine positive Antwort liege bisher nur von Nackenheim vor. Die Stellungnahmen der Berggemeinden seien negativ. In Zukunft würde man abwechselnd in den Gemeinden Bodenheim und Nackenheim tagen. Der Vorschlag von Ratsmitglied Becker, in Lörzweiler im Pfarrheim zu tagen, werde geprüft.

8.7 Nahbereichsuntersuchung und Erstellung eines Entwicklungsplanes (Antrag der SPD-Fraktion vom 6.2.1973)

Der Antrag wurde bereits in der Haupt- und Finanzausschußsitzung behandelt und diskutiert. Hiernach wird die Verwaltung beauftragt, den Fraktionen die vorhandenen bzw. erreichbaren Angaben und Zahlen zur Verfügung zu stellen. Danach soll der Antrag weiterberaten werden. Es sei wohl verständlich, daß ein solches Unterfangen geraume Zeit in Anspruch nehme.

8.8 Linienführung der B 9 im Bereich Nackenheim (Antrag der SPD- Fraktion vom 19.3.1973)

Der Vorsitzende berichtet von einer Unterredung zwischen dem Bundesverkehrsministerium einerseits, ihm und Bürgermeister Ollig andererseits vom gestrigen Tage. Das Ergebnis laute wie folgt:

Die Ortsumgehung der B 9 bei Nackenheim ist in der beschlossenen Form im ersten Fünfjahresplan des Bundes vorgesehen. Dieser Fünfjahresplan beinhaltet den Zeitraum bis 1975. Falls bis dahin ein Ausbau nicht erfolgen kann, solle eine Realisierung unter allen Umständen im zweiten Fünfjahresplan erfolgen. Ein konkreter Zeitpunkt für den Beginn und den Abschluß der Maßnahme konnte nicht annähernd in Erfahrung gebracht werden.
Dem Sachbearbeiter des Ministeriums wurde ein Exemplar des Gutachtens des Herrn Prof. Gunkel über die rechtsrheinische Führung der B 9 übergeben. Dieser will das Gutachten prüfen. Das erklärte Ziel [illegible] lautete: Auf gar keinen Fall dürfe es durch die neuen Überlegungen zu einem Hinausschieben des Baubeginns kommen.

9. Mitteilungsblatt

Verbandsbürgermeister Krämer verliest den Beschlußvorschlag, der sich aus zwei Teilen zusammensetzt, in seinem Wortlaut.

Verbandsgemeinderatsmitglied Metz bittet, den Beschlußvorschlag dahingehend abzuändern, daß auch politischen Gruppen und Parteien die Möglichkeit gegeben sei, sich in diesem Mitteilungsblatt zu äußern. Auch müsse eine Veröffentlichung von Leserbriefen garantiert sein.

Die SPD-Fraktion teile nicht die Meinung der anderen Fraktionen, daß politische Meinungsäußerung in diesem Mitteilungsblatt nicht enthalten sein dürfe. Er bittet, den Antrag an die Ausschüsse zu einer weiteren Beratung zu verweisen.

Verbandsgemeinderatsmitglied Sans betont, das Blatt diene insbesondere der Information des Bürgers als Amtsblatt. Wenn man Politik hier heraushalte, diene man damit auch dem Frieden in der Verbandsgemeinde.

Verbandsgemeinderatsmitglied Becker vertritt die Auffassung, daß dem Bürger der Verbandsgemeinde durch das Mitteilungsblatt ein Einblick in die politische Arbeit gegeben werden müsse; dies sei zeitgemäß. Die SPD-Fraktion könne dem Beschlußvorschlag nur zustimmen, wenn diese Grundkonzeption Beachtung fände.

Verbandsgemeinderatsmitglied Hörner und Verbandsgemeinderatsmitglied Bürgermeister Göth führen aus, daß es besser sei, den Charakter eines amtlichen Mitteilungsblattes zu wahren.

Der ursprünglich aus zwei Teilen bestehende Beschlußvorschlag der Verwaltung wird zusammengefasst und zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 10 Nein-Stimmen, 13 Enthaltungen

Verbandsgemeinderatsmitglied Sans bittet, den Beschlußvorschlag dahingehend abzuändern, daß hinter dem Satz "(Verbandsbürgermeister gemeinsam mit den fünf Bürgermeistern)" das Wort "usw." gesetzt wird.

I i der geänderten Form ergeht folgender

Beschluß:

"Die Verwaltung wird ermächtigt, zusammen mit den fünf verbandsangehörigen Gemeinden ein Mitteilungsblatt für amtliche Bekanntmachungen der Verbandsgemeinde und der verbandsangehörigen Gemeinden Veranstaltungshinweise, Vereinsnachrichten, Ärzte- und Apothekendienst, kirchliche Nachrichten, Jubiläen aller Art, Protokolle öffentlicher Sitzungen der Verbandsgemeinde- und Gemeindegremien sowie Grüße zum Jahreswechsel und sonstigen Gelegenheiten (Verbandsbürgermeister gemeinsam mit den fünf Bürgermeistern) usw. beim Verlag Oppenheimer Druckhaus in Oppenheim herauszugeben. Das Blatt soll wöchentlich einmal erscheinen und im Abonnementsystem vertrieben werden. Der Verbandsgemeinde und den Gemeinden dürfen - abgesehen von der Lieferung des zu veröffentlichenden Materials - keine Kosten entstehen. Alle Beiträge aus dem Bereich der Verbandsgemeinde sind der Verbandsgemeindeverwaltung und von dieser unter Beachtung der obigen Grundsätze dem Verlag zuzuleiten.

Stellungnahmen politischer Gruppen dürfen nicht aufgenommen werden. Berichte über Veranstaltungen politischer Gruppen sind nicht zugelassen. Veranstaltungshinweise politischer Gruppen im redaktionellen und Anzeigenteil dürfen nur Datum, Uhrzeit, Lokal und Name des Redners enthalten. Wertende Stellungnahmen politischer Gruppen dürfen auch nicht im Anzeigenteil erscheinen."

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen

Verbandsbürgermeister Krämer weist darauf hin, daß man vorerst nach diesem Beschluß verfahren sollte, wobei sicher sei, daß man später eine Überprüfung vornehmen und damit vielleicht eine breitere Basis finden könnte.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.